

## **N i e d e r s c h r i f t** **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11.09.2007**

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung bat, die ursprünglich als TOP 5.17 geplante Vorlage:

Grundsatzbeschluss zur Förderung der Ansiedlung der Diakonie am Standort  
Merseburger Straße 42-44  
Vorlage: IV/2006/06699

im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Bezüglich der Dringlichkeitsvorlage:

Beschluss zur öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der  
A 14 und finanzielle Absicherung der Erschließungsmaßnahme  
Vorlage: IV/2006/06727

wurde diskutiert, ob die Vorlage tatsächlich nicht öffentlich behandelt werden müsse. Herr Götte verwies auf die Begründung. Es erfolgte eine Abstimmung - es sprachen sich 3 Mitglieder des Ausschusses für die öffentliche Behandlung und 2 Mitglieder für eine nicht öffentliche Behandlung der Vorlage aus. Im Ergebnis der Abstimmung wurde die Vorlage im öffentlichen Teil als TOP 5.17 behandelt.

### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 10.07.2007
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
  - 5.1. Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses  
Vorlage: IV/2007/06376
  - 5.2. Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhauses für auswärtige Nutzerinnen und deren Kinder für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses) und 2008  
Vorlage: IV/2007/06484
  - 5.3. Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2008  
Vorlage: IV/2007/06520
  - 5.4. Feststellung Jahresabschluss 2006 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH  
Vorlage: IV/2007/06655
  - 5.5. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin  
Vorlage: IV/2007/06638
  - 5.6. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Bio-Zentrum Halle GmbH  
Vorlage: IV/2007/06656
  - 5.7. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der ARGE SGB II Halle GmbH  
Vorlage: IV/2007/06690
  - 5.8. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens  
Vorlage: IV/2007/06663
  - 5.9. Quartalsbericht per 30.06.2007 zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06689
  - 5.10. Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben  
Vorlage: IV/2007/06682
  - 5.11. Grundsatzbeschluss zur Umwandlung der Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater  
Vorlage: IV/2007/06665
  - 5.12. Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 05. bis zum 15. Juni 2008 in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06623

- 5.13. Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium "Georg Friedrich Händel" und Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: IV/2007/06659
- 5.14. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 Thalia Theater/ Kinder- und Jugendtheater Halle  
Vorlage: IV/2007/06586
- 5.15. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle  
Vorlage: IV/2007/06577
- 5.16. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH  
Vorlage: IV/2007/06688
- 5.17. Beschluss zur öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 und finanzielle Absicherung der Erschließungsmaßnahme  
Vorlage: IV/2007/06727
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft"  
Vorlage: IV/2006/05594
  - 6.2. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger zu einem Beteiligungsmodell an der Stadtwerke Halle GmbH  
Vorlage: IV/2006/05603
  - 6.3. Antrag der Stadträtin Prof. Dorothea Vent und der Stadträte Prof. Ludwig Ehrler und Tom Wolter – Mitbürger - Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06550
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
  - 8.1. Statistiken Kultureinrichtungen II. Quartal 2007
9. Anregungen
10. Mitteilungen

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung  
des Ausschusses am 10.07.2007**

---

Herr Weiland bat zur Klarstellung, dass der Punkt 6 ergänzt wird und folgende Fassung erhält:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11. September 2007 - öffentlicher Teil

Vertrag mit STROER

Auf Nachfrage von Herrn Weiland informierte Herr Dr. Pohlack, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien und der Vertrag zusagegemäß nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt werde.

Herr Dr. Pohlack bestätigte, dass seine Aussage diesen Inhalt gehabt habe.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 10.07.2007 wird mit der Ergänzung zu TOP 6 (letzter Absatz) genehmigt.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.07.2007 wurde abschließend folgender Beschluss gefasst:

Rückforderung gegenüber dem Eine-Welt-Haus Halle e. V. - Vorlage: IV/2007/06477

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, stimmt dem Vorschlag des Eine-Welt-Haus Halle e.V., die bestehende Rückforderung in einer Gesamthöhe von 22.955,45 € mit jährlichen Ratenzahlungen in Höhe von 3.000 € zu tilgen, zu.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**zu 5 Vorlagen**

---

**zu 5.1 Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses  
Vorlage: IV/2007/06376**

---

Frau Wildner führte auf Anfrage von Herrn Weiland aus, dass die Gebühren nicht mit den Landkreisen verhandelt wurden. Die betroffenen Frauen und Kinder kommen aus den unterschiedlichsten Gemeinden.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.4370.110000 - Mehreinnahmen  
VermHH :

**zu 5.2 Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhauses für auswärtige Nutzerinnen und deren Kinder für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses) und 2008  
Vorlage: IV/2007/06484**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Frau Wildner, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Wolter, Frau Wildner und Herr Geier.

Bezüglich der Kalkulation führte Frau Wildner aus, dass sich die Verwaltung an der Kalkulation der Gebühren der Stadt Magdeburg orientiert hat. Weiterhin führte sie aus, dass das Frauenschutzhaus 8 Plätze für Frauen und 14 für Kinder vorhalte. Die Verteilung könne aber flexibel angepasst werden. Die Auslastung des Hauses sei trotz sinkender Einwohnerzahlen stabil und passe sich nicht proportional der Einwohnerzahl an. Eine Entwicklungsvorschau sei sehr schwierig. Auch lasse sich nicht schätzen, wie viel Nutzerinnen mit ihren Kindern aus der Stadt Halle (Saale) kommen und wie viel aus anderen Gemeinden. In einigen Fällen verweise man auch halleische Frauen und Kinder aus bestimmten Sicherheitsaspekten heraus in Frauenschutzhäuser anderer Gemeinden. Die Sicherheit der Frauen und Kinder stehe vor der maximalen Auslastung des Hauses.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11. September 2007 - öffentlicher Teil

Der Stadtrat beschließt entsprechend der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses § 7 (2):

- eine Benutzungsgebühr / Nacht für Frauen in Höhe von 21,17 € und
- eine Benutzungsgebühr / Nacht für Kinder in Höhe von 10,58 €

für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses) und 2008.

### **zu 5.3      Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2008** **Vorlage: IV/2007/06520**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Schramm und Herr Meyer-Mertel.

Bezüglich von Anfragen erläuterte Herr Meyer-Mertel, dass es sich bei dem geplanten institutionellen Zuschuss aus der regionalen Wirtschaft in Höhe von 75 T€ um einen Zuschuss von Pro Halle handele. Dieser werde zum Teil nicht durch die SMG direkt verausgabt, sondern auch für andere spezielle Projekte vermittelt, z. B. für das Festival Theater der Welt. Für die projektbezogenen Maßnahmen werden Personalausgaben in gleicher Höhe wie 2007 geplant, d. h. in Höhe von 30 T€. Er persönlich arbeite im Rahmen eines Beratungsvertrages mit dem Ziel, einen reibungslosen Übergang der Geschäftsführung zu ermöglichen. Die zukünftigen Regelungen in Bezug auf die Konditionen und Arbeitsinhalte des neuen Geschäftsführers der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH seien nicht durch ihn zu bestimmen.

Aufgrund einer Nachfrage informierte Herr Meyer-Mertel, dass die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH am Interessenbekundungsverfahren bezüglich der Handel-HALLE teilgenommen habe.

Zur Zusammenarbeit und Mitgliedschaft im Saale-Tourist e. V. wurde von den Mitgliedern des Ausschusses angefragt, ob es zutreffend und abschließend sei, dass die Stadt Halle (Saale) diese Förderung ab 2008 nicht mehr aufrecht erhalten möchte. Es handele sich um eine Finanzposition in Höhe von 60 T€. Um diesen Betrag müsste ggf. auch der Wirtschaftsplan reduziert werden. Es wurde um eine entsprechende Information in der Sitzung des Stadtrates am 19.09.2007 gebeten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2008 wird bestätigt.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.8400.715600

**zu 5.4 Feststellung Jahresabschluss 2006 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH**  
**Vorlage: IV/2007/06655**

---

Auf Anfrage von Frau Wolff erläuterte Herr Prof. Lukas, dass es sich bei dem Verlustvortrag, wie durch die BMA erwähnt, um einen möglichen Weg handele. Die realisierbaren Abschreibungsbeträge werden genutzt. Sie entfalten keine Auswirkungen auf die Liquidität und die Bilanzsumme.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 29.06.2007:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 28.05.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.  
Der Jahresfehlbetrag beträgt 6.613,89 €.  
Die Bilanzsumme beträgt 48.888.395,35 €.
2. Der Jahresfehlbetrag von 6.613,89 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

**zu 5.5 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin**  
**Vorlage: IV/2007/06638**

---

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vom 14.06.2007:

1. Der von der Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vorgelegte Jahresabschluss 2006 sowie der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2006 werden in der von der Henschke und Partner GbR, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, geprüften und am 29.03.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	91.865,39 €.
Die Bilanzsumme beträgt	2.124.320,60 €.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 91.865,39 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

#### **zu 5.6 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Bio-Zentrum Halle GmbH Vorlage: IV/2007/06656**

---

##### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 29.06.2007:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 28.05.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	114.919,51 €.
Die Bilanzsumme beträgt	14.299.445,64 €.

2. Der Jahresüberschuss von 114.919,51 € wird in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.



**zu 5.7 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der ARGE SGB II Halle GmbH**  
**Vorlage: IV/2007/06690**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Frau Dr. Radig und Frau Tempel.

Es wurde ausgeführt, dass es sich bei der ARGE nicht um einen Aufsichtsrat im herkömmlichen Sinne handele und eine Entlastung nicht sinnvoll sei. Die Verwaltung wurde gebeten, die Notwendigkeit bis zur Stadtratssitzung 19.09.2007 zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 16.08.2007:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 16.04.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	168.139,89 €.

2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

(17:15 Uhr - Frau Haupt kam in die Sitzung.)

**zu 5.8 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens**  
**Vorlage: IV/2007/06663**

---

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11. September 2007 - öffentlicher Teil

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Mehrausgabe in Höhe von 290.000 EUR in der Finanzposition 1.6130.603000 (Sächlicher Aufwand für Leistungen durch Dritte).

Die Deckung erfolgt über die entstehenden Mehreinnahmen in Höhe von 290.000 EUR in der Finanzposition 1.6130.100000 (Verwaltungsgebühren).

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH : Mehrausgabe  
1.6130.603000      290.000 EUR  
Deckung: Mehreinnahme  
VermHH : keine

**zu 5.9      Quartalsbericht per 30.06.2007 zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06689**

---

**Ergebnis:**

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 5.10      Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben  
Vorlage: IV/2007/06682**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim und Herr Roesler.

Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten stimmte der Vorlage mit 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu.

Die Mitglieder des Finanzausschusses kritisierten die Vorlage. Diese sei in der vorliegenden Form nicht entscheidungsreif. Es wurden auch in der Vergangenheit unterschiedliche Angaben zur Anzahl der Parkplätze gemacht, die Finanzierung sei unklar und die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Halle (Saale) nicht aufgeführt. Außerdem sei es nicht in Ordnung, dass zu einer Vorlagen-Nummer unterschiedliche Vorlagen ausgegeben wurden.

Herr Roesler informierte, dass in diesem Jahr 70 T€ verausgabt werden sollen und das Projekt eine Förderquote von 80 % habe.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften gibt die Vorlage mit der Bitte um Überarbeitung zurück an die Verwaltung.

**zu 5.11 Grundsatzbeschluss zur Umwandlung der Kultureinrichtungen  
Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia  
Theater  
Vorlage: IV/2007/06665**

---

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Frau Dr. Bergner, Herr Schramm, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Dr. Schmidt, Herr Misch, Herr Dr. Marquardt und Herr Geier.

Aus den Reihen der Stadträte wurde zu bedenken gegeben, dass sich z. B. ein Anschluss- und Benutzungszwang für die Theaterwerkstätten für eine bessere Auslastung dieser, finanziell negativ auf einige Kultureinrichtungen auswirken könne.

**Frau Dr. Bergner** stellte den **Antrag**, eine Zeitschiene aufzunehmen (Problem auslaufender Verträge mit dem Land) sowie, dass die Ergebnisvorschläge der Arbeitsgruppe den zuständigen Gremien des Stadtrates zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Weiterhin sollten, wenn sich die Gründung verzögert, im Sinne der in Punkt 8 des bbvl-Gutachtens (Kurzfassung) genannten Vorschläge geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

**Herr Schramm** stellte den **Antrag**, dass die Umwandlung der Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle / Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater in ein Mehrspartenhaus in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH zum 01.01.2009 umgesetzt werde.

**Herr Bönisch** stellte den **Antrag**, dass Lösungsvorschläge für die Theaterwerkstätten und für die Vorverkaufskasse sofort zu erarbeiten sind.

(18:10 Uhr - Herr Hajek kam in die Sitzung.)

In der Diskussion wurden die Inhalte der Anträge gemeinsam formuliert.

**Abstimmung zu den Anträgen:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Stadtratssitzung zu prüfen, ob aufgrund der grundlegenden Veränderungen des Beschlusses eine erneute Behandlung in den Eigenbetriebsausschüssen erforderlich sei.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung der Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle / Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater in ein Mehrspartenhaus in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH **zum 01.01.2009.**

**Die entsprechenden Beschlüsse sind dem Stadtrat bis zur Oktobersitzung 2008 zur Beschlussfassung vorzulegen.**

**Sollte sich dies verzögern, sind im Sinne der in Punkt 8 des bbvl-Gutachtens (Kurzfassung) genannten Vorschläge unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen.**

**Lösungsvorschläge für die Theaterwerkstätten und für die Vorverkaufskasse sind sofort zu erarbeiten.**

2. Die gemeinnützige GmbH soll unter der Leitung eines kaufmännischen Geschäftsführers stehen.  
Die alleinige inhaltlich-administrative Verantwortung für ihre Sparten verbleibt bei den künstlerischen Leitern.
3. Die Verwaltung bildet eine temporäre Arbeitsgruppe zur Steuerung des Umwandlungsprozesses. Es wird angeregt, dass der Vorsitzende des Kulturausschusses, der Vorsitzende des Finanzausschusses, **ein Vertreter des Deutschen Bühnenvereins** und jeweils eine Stadträtin / ein Stadtrat aus den Eigenbetriebsausschüssen Kulturinsel und Thalia Theater diesen Prozess beratend begleiten. Die Intendanten und der GMD sind auf geeignete Weise einzubeziehen. **Solange kein GMD bestellt ist, ist der Direktor der Staatskapelle einzubeziehen. Die Arbeitsgruppe ist berechtigt, weitere Fachleute temporär einzuladen. Über die Arbeit der temporären Arbeitsgruppe wird im Kulturausschuss regelmäßig informiert.**

**Die Ergebnisvorschläge dieser Arbeitsgruppe werden den zuständigen Gremien des Stadtrates zur Beschlussfassung vorgelegt.**

4. Der Schließung des kleinen Thalia-Theaters zum 01.**08.**2008 wird zugestimmt.
5. Das Fachkonzept der Oper ist ~~wie beschlossen~~ bis spätestens **wird überarbeitet und bis Ende 2011 umzusetzen umgesetzt, der Kulturausschuss wird dazu in regelmäßigen Abständen informiert.**

**(Änderungen gemäß Ergebnis Kulturausschuss 05.09.2007  
Änderung gemäß Ausschuss für Finanzen am 11.09.2007)**

**zu 5.12 Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 05. bis zum 15. Juni 2008 in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06623**

---

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11. September 2007 - öffentlicher Teil

0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt das Programmkonzept und den Kostenumfang der Händel-Festspiele 2008

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH:	Einnahmen	1.099.600 €
	Ausgaben	1.630.500 €

**zu 5.13 Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium "Georg Friedrich Händel" und Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: IV/2007/06659**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Bergner, Herr Bönisch, Herr Schramm, Herr Misch, Frau Wolff und Herr Dr. Marquardt.

Gemäß mehrheitlicher Meinung der Ausschussmitglieder sei die Vorlage inhaltlich sowie finanziell nicht nachvollziehbar und nicht aussagefähig, z. B. sollten Synergien aufgezeigt, finanzielle Veränderungen gegenüber- und Finanzflüsse dargestellt werden. Es sei kein Haushaltskonsolidierungsbeitrag zu erkennen.

Herr Bönisch stellte den Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion zu beenden.

Die Verwaltung wird um Überarbeitung und Wiedervorlage gebeten.

**Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages:**

6 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Ergebnis:**

Die Verwaltung wird um Überarbeitung und Wiedervorlage gebeten.

**zu 5.14 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 Thalia Theater/  
Kinder- und Jugendtheater Halle  
Vorlage: IV/2007/06586**

---

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch wurde informiert, dass die allgemeine Rücklage des Thalia Theaters momentan eine Größenordnung in Höhe von 3,3 Mio. € habe.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater für das Wirtschaftsjahr 2005 / 2006 und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2005 / 2006.
2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 131.502,94 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.

**zu 5.15   Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle  
Vorlage: IV/2007/06577**

---

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsstelle	1.3312.715000	VerwHH: 3.244.826,00 €
		VermHH: 167.704,00 €

**zu 5.16   Änderung des Gesellschaftsvertrages der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH  
Vorlage: IV/2007/06688**

---

Auf Hinweis von Herrn Weiland bekräftigt Herr Dr. Meerheim dass durch diesen Beschluss eine Stärkung der Gesellschafterposition herbeigeführt werde.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beschließen:
  - a) Das Stammkapital der Gesellschaft wird um 623,76 € durch Entnahme aus der Sonderrücklage gem. § 27 Abs. 2 DMBilG auf 102.259.000,00 € erhöht.  
Der bisherige § 3 Abs. 1 und Abs. 2 wird aufgehoben und neu wie folgt gefasst:
    - (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 102.259.000,00 € (in Worten einhunderzweimillionenzweihundertundneunundfünzigtausend Euro).
    - (2) Auf dieses Stammkapital hat die Stadt Halle als alleinige Gesellschafterin eine Stammeinlage in Höhe von 102.258.376,24 € übernommen.
  - b) In § 14 Abs. 2 werden die bisherigen Buchstaben i), l), m) und s) aufgehoben und wie folgt neu gefasst:
    - i) Anschaffung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens im Einzelwert von mehr als 250.000,00 € und Abschluss von Leasingverträgen, soweit die wirtschaftliche Bedeutung im Einzelfall über einen Betrag von 250.000,00 € hinausgeht.
    - l) Aufnahme von Geschäftskrediten von mehr als 2.500.000,00 € oder Darlehn.
    - m) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder Gebäuden sowie Verpfändung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit die wirtschaftliche Bedeutung im Einzelfall über einen Betrag von 500.000,00 € hinausgeht
    - s) die Vergabe von Bauleistungen von mehr als 1.000.000,00 € im Einzelfall
  - c) Folgende Vorschriften werden ersatzlos gestrichen bzw. aufgehoben und neu gefasst:
    - a) § 8 Abs. 7 wird gestrichen.
    - b) § 14 Abs. 2 b wird gestrichen.
    - c) § 22 Abs. 2 wird gestrichen.
    - d) § 22 Abs. 3 wird aufgehoben und neu wie folgt gefasst:  
Außerdem können bei der Aufstellung des Jahresabschlusses andere Gewinnrücklagen gebildet werden. Über die Einstellung in und die Entnahmen aus den Gewinnrücklagen beschließt die Gesellschafterversammlung bei der Feststellung des Jahresabschlusses.
    - e) § 23 Abs. 2 wird gestrichen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erforderlichen Schritte einzuleiten.

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH : 0100.7000

**zu 5.17 Beschluss zur öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 und finanzielle Absicherung der Erschließungsmaßnahme**  
**Vorlage: IV/2007/06727**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Koehn, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland und Herr Götte.

Herr Götte begründete die Dringlichkeit der Vorlage und ging besonders auf die Notwendigkeit der Baufreimachung des Geländes und die in Aussicht stehenden Fördermittel ein. In Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung werde das Gelände weiterhin für einen potentiellen Großinvestor vorgehalten. Für Interessenten kleinerer Gewerbestandstücke halte die Stadt Halle (Saale) genügend andere Standorte bereit.

Die Stadträte baten darum, ihnen das in der Vorlage genannte Schreiben des Landes Sachsen-Anhalt vom 04.09.2007 an die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), bezüglich der Zusicherung einer 90 %igen Förderung bis zur Stadtratssitzung am 19.09.2007 zu übergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 in einem Gesamtwertumfang von bis zu 48 Mio. €.
2. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, alle erforderlichen Aktivitäten zur Durchführung der Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 unverzüglich in die Wege zu leiten.
3. Zur finanziellen Absicherung der Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 wird die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) beauftragt, entsprechend der Rahmenvereinbarung zur Gemeinschaftsaufgabe einen Antrag auf Förderung dieser für die Stadt Halle (Saale) wichtigen Infrastrukturmaßnahme zu stellen.
4. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) stellt auf geeignete Weise sicher, dass die für die Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 von der Stadt Halle (Saale) gegründete Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG in Abhängigkeit von der Gewährung der beantragten Fördermittel (siehe Punkt 3 der Vorlage) finanziell so ausgestattet wird, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben auch tatsächlich nachkommen kann.



**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft" Vorlage: IV/2006/05594**

---

Auf Anfrage von Frau Wolff erläuterte Herr Lork, dass die Basis für die Prüfung und deren Ergebnis die mittelfristige Finanzplanung der Unternehmen darstelle. Diese liege voraussichtlich in beschlossener Form im Dezember vor.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Wiedervorlage Mai 2008 zur abschließenden Beratung

**zu 6.2 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu einem Beteiligungsmodell an der Stadtwerke Halle GmbH Vorlage: IV/2006/05603**

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Wiedervorlage Mai 2008 zur abschließenden Beratung

**zu 6.3 Antrag der Stadträtin Prof. Dorothea Vent und der Stadträte Prof. Ludwig Ehrler und Tom Wolter – Mitbürger - Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06550**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch und Herr Geier.

Die Verwaltung sagte auf Anregung zu, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Fraktionen zur Bearbeitung der Thematik zu bilden. Das Procedere wird vorab mit Herrn Wolter abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

### **Beschluss:**

Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen Entscheidungsvorschlag für den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erarbeitet.

## **zu 7      Anfragen von Stadträten**

---

### **Hilfen zur Erziehung**

Frau Wolff fragte nach dem Stand der Hilfen zur Erziehung und bezog sich auf einen Presseartikel in der Mitteldeutschen Zeitung vom 11.09.2007. Sie betonte, dass aus dem Stadtrat kein Druck ausgeübt werde und es sich bei diesen Hilfen um Pflichtleistungen der Stadt handele. Sie erwarte eine Information in der Stadtratssitzung am 19.09.2007.

### **Nicht realisierbare Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen**

Herr Dr. Meerheim fragte, wie die Stadt Halle (Saale) damit umgehe und wie die Stadträte informiert werden.

### **Investitionshilfen**

Auf Anfrage von Herrn Weiland bezüglich des Einsatzes der zusätzlichen Investitionshilfen in Höhe von 800 T€ führte Herr Geier aus, dass diese überwiegend als Kreditersatzdeckungsmittel eingesetzt werden.

## **zu 8      Beantwortung von Anfragen**

---

### **zu 8.1    Statistiken Kultureinrichtungen II. Quartal 2007**

---



Besucher - Einnahme  
II.Quartal Oper.xls



Besucher-Einnahme  
II.Quartal Stk.xls



Besucher-Einnahme  
I I.QuartalKonzerthal



Kopie von statistik  
april bis juni1 Thalia.x

## **zu 9      Anregungen**

---

## **zu 10     Mitteilungen**

---

Zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 10 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Zentraler Service

Martina Beßler  
Protokollantin  
Referentin GB I

